

Rosische



Zeitung

10 Pfennig

Gegebenet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Ullstein, Oberdirektor: Georg Bernhard Varnatz.
Redakteur: (im Ansa. d. Handelsleit.) Carl M. v. d. Berli. Uvert.
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach Zentrale Ullstein, Amt Dönhof (A 7) 1900-1905
In den Postämtern Amt Dönhof 1906-1908. Telegramm-
Adressen: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 900.

Spanien im Rat

Der halbständige Sitz bewilligt

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“

ib Genf, 7. September
Das Plenum des Völkerbundes hat heute mit 44 gegen 4 Stimmen den von Schweden, England und Frankreich eingebrachten Antrag angenommen, der praktisch darauf hinausläuft, Spanien, das erst in den Rat gewählt werden soll, die Beobachtungsfrist zu überspringen, diesem Staate also einen halbständigen Sitz zu einräumen. Gegen den Antrag haben Schweden, Norwegen, Holland und Persien gestimmt. Spanien selbst und Bulgarien haben sich enthalten.

Vor der Abstimmung erklärte der schwedische Delegierte Lindén, er habe keineswegs die Absicht, hier eine nochmalige grundsätzliche Debatte über die Frage der Wiederherstellung und die Methode einzuleiten. Schweden habe seinen Standpunkt schon 1926 klar dargelegt. Indem es auch diesmal dem Kompromiß nicht zustimme, werde es nicht in der Absicht stehen, wiederum erklären zu lassen, daß Schweden dem Antrag des Völkerrates nicht zustimme. Die Erklärung des schwedischen Außenministers wurde bestimmt und vollständig abgelesen und war gerade in ihrer trockenen schlichten Form ein um so schärferer Protest gegen die Willkürspolitik der Großmächte, mit Völkerbundsbeschlüssen eigene nationale Politik zu treiben.

Sehr viel stärker hätten sich die Annäherungen des norwegischen Ministerpräsidenten Monnien an, der zunächst Lindén Erklärung zustimmte, und gerade, weil er energischer als der schwedische Delegierte gegen das Vorschreiben aufzutreten wollte, noch vornehmer betonte, daß Norwegen mit seiner Stellungnahme gegen niemand Partei ergreife. Es müßte, führte er aus, ein ganz gebietlicher Druck vorhanden sein, daß die Verammlung heute noch einmal auf die nur zwei Jahren ansatzweise beschlossenen Bestimmungen zurückkommt. Wir können nicht annehmen, daß die Bedeutung der Bestimmungen an der sich beschleunigenden Gestaltung durchdacht, in welcher Weise die Wünsche einzelner Staaten zu berücksichtigen, ohne daß es notwendig wäre, besondere Maßnahmen durchzuführen. Das könnte nur gefährliche Präzedenzfälle schaffen, die in Zukunft der Stabilität und Solidarität der Institution des Völkerbundes schweren Schaden zufügen könnten. Unsere Haltung, erklärte

Monnien, ist eine grundsätzliche Haltung, die uns ausschließlich gegen eine Überzeugung diktiert wird, der wir glauben, treue halten zu können.

Die holländischen Einwände hielten doch so starken Einbruch gemacht, daß der holländische Delegierte Willingaas sich verpflichtet fühlte, die Gründe des Aufnahmeverwehrens noch einmal darzulegen. Im Leben des Völkerbundes wie in der Geschichte der Völker, sagte er, seien zwei Jahre oft nur eine Minute, und deshalb dürfe man heute ruhig nachhaken, was vor zwei Jahren aus bestimmten Gründen nicht möglich war.

In der Fortsetzung der Generaldebatte sprach zunächst der Rabob von Valapur. Schar Muhammed Khan, der sich besonders mit den Indien interessierenden humanitären und sozialen Arbeiten des Völkerbundes beschäftigte, die, wie er sagte, in Indien mit großer Sympathie verstanden und deren Ergebnis mit Berücksichtigung aufgenommen werden. Er gab auch seine Beobachtung über die Möglichkeit härterer Antiterroristen Indiens an.

Deutschlands Räumungsforderung

Verhandlung mit den Besatzungsmächten

Reichsminister Müller-Franken wird, wie wir hören, im Laufe des morgigen Tages eine Besprechung mit den Vertretern Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens beim Völkerbunde haben. Die Besprechung wird der deutschen Forderung auf sofortige Räumung gewidmet sein, im wesentlichen also eine Wiederholung der Verhandlung mit Venedig, nur daß die diesmal auch dem französischen Außenminister auch Lord Curzon als Vertreter Chamberlains, ferner der Außenminister Belgiens und der Bevollmächtigte Italiens anwesend sein werden. Der Reichsminister wird noch einmal den Standpunkt der deutschen Regierung

den wirtschaftlichen Arbeiten des Völkerbundes Ausdruck, weil dadurch der immer noch bestehende Erbdruck entlastet werde, daß der Völkerbund nur die Segmente der europäischen Rassen wie die anderen Rassen des Welt bestrahlen solle, da sei von höher Bedeutung, daß auch der bloße Versuch solcher Bestrebungen beständig und die tatsächliche Gleichheit aller Völker innerhalb des Völkerbundes, die Gleichheit ihrer Rechte und ihrer Pflichten, das jeder Gelegenheit sorgfältig beachtet werde.

Nach Indien kam der andere asiatische Großstaat zu Worte, der im Völkerbund einen händigen Rivalen Japans. Sein Delegierter, der Brüsseler Reichsjäger Adachi, erklärte, der Washingtoner Sechsstimmungsvertrag habe sich für die Ohngefähr des Stillen Ozeans die wichtigsten psychologischen Stützpunkte erhalten. Da der Weg zur Abrüstungsfortschrittung durch die Uneinigkeit über Fragen der Marineabrüstung versperrt war, sei die Einigung zwischen England und Frankreich als eine Entscheidung für die Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission zu begrüßen. Vom Ganzen land Watei in den Ereignissen des letzten Jahres viele Gründe zur Ermunterung und Ansporn für künftige Erfolge, die „unserer armen Menschheit endlich auf den best ersehnten Weg des Friedens führen können“.

Der vornehmende griechische Delegierte Politis sprach als letzter Redner, vornehmlich über den Kellogg-Pakt.

darlegen. Die Vertreter der Besatzungsmächte werden sich zu dem formellen Antrag Deutschlands auf baldige Räumung des Rheinlandes erklären.

Der Reichsminister spricht

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“

ib Genf, 7. September
Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung des Völkerbundes, die auf vier Uhr schloß, ist, mit der deutschen Reichsminister Hermann Müller im Rahmen der Generaldebatte der Völkerbundersammlung gesprochen. Seine Rede ist gleichmäßig umfangreich und sie führte sich besonders auch mit der Abrüstungsfrage beschäftigt.

Die Rede wird voraussichtlich durch den Rundfunk verbreitet werden.

„Der Anschluß ist nicht zu verkaufen“

Nachrichtendienst der „Wolffschen Zeitung“

* Wien, 7. September

Bundeskanzler Dr. Seipel wurde dem österr. Korrespondenten des „Neuen Wiener Journals“ eine Unterredung, in der er auf die Frage, ob man Österreich nicht einen Anschluß zu erzwingen wolle, erklärte: „Infer Stellung ist ja durch die Friedensverträge vorgegeben. Es ist bekannt, daß die Friedensverträge den Anschluß zur Voraussetzung gehalten, daß der Völkerbund nicht zustimmt. Nun, ich möchte meinem Menschen gegenüber ein Geheimnis daraus, daß wir uns freibleiben und vertragen, wie immer, auch an diesen Punkt der Verträge halten wollen.“

„Sie haben aber gar keinen Anlaß, auf eine Möglichkeit zu verzichten, die uns vorteilhaftig wäre.“ Darum wollen wir angestrichelt sein als die Schlichter von Versailles und St. Germain. Der Anschluß ist kein aktuelles Postulat, gemäß nicht. Gerade darum ist es aber unmöglich, ihn uns irgendjemandem zu verkaufen, Deutschland eine durch Hinweis auf seine Forderungen am Rhein, und um deren Beendigung.“

Die Anschlussdebatte lehnte ich in der Anschlussdebatte überaus ab. Die Argumentation für den Anschluß, daß Österreich nicht lebensfähig und ständig am Zugrundegehen ließe, habe ich für ebenso unrichtig und verfehlt, wie die Behauptung, man könne ein bißchen jappeln zu lassen, wenn wir nicht partieren wollen.

Ich weiß, daß das Wiener Gänsefleisch Monarchisten herangezogen hat auf beiden Seiten. Wir hat man z. B. vorgeworfen, ich sei zu leicht, zu mustlos gewesen. Nun, ich finde, das Gänsefleisch ist schön und liefert vor allem deshalb sehr gut war, weil mande unsere reichsdeutschen Vorgesetzten bei dieser Gelegenheit Österreich entsetzt haben und vielleicht auch gemacht haben, daß wir eigentlich doch nicht gerade ein Stück Österreich sind. Aber, daß ich bei dieser Gelegenheit wirklich von

Reichsbanner und Reichspräsident

Höring gegen den Breslauer Beschluß / Rücktritt der Breslauer Gau führer

Der Präsident des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Otto Hörling, nimmt im Bundesorgan Stellung zu dem Beschluß der Ortsgruppe Breslau, an den Empfangsfeierlichkeiten für den Reichspräsidenten v. Hindenburg nicht teilzunehmen. Er erteilt dem Beschluß aus politischen und technischen Gründen in scharfer Form. Der ehemalige demokratische Landtagsabgeordnete Hörling, der seit fünf Jahren Reichsbannerer an der Spitze des schlesischen Oeres steht, ist durchausin juristischere ebenso der selbstretende Gau führer, der sozialdemokratische Stadtrat frey. Die Angelegenheit wird voraussichtlich auch noch die für den 30. September und die folgenden Tage nach Hannover einberufenen Bundes-Generalversammlung des Reichsbanners beschäftigen.

In dem „Auf falschem Wege“ übergrichenen Artikel, der offenbar seinen Zweck darin hat, die Willigung des gesamten Bundesorganes gegen hat, erklärt Hörling, die Entziehung der Reichsprofesse ist heuchlerisch, denn gerade diese Kreise seien es gewesen, die den Reichspräsidenten Oberer Zug für Zug bejubelt, und gegen ihn in der vorbereitenden Form gehöhrt hätten.

Reichspräsident von Hindenburg hat seinen Sitz bis zur Stunde gehalten, er hat in der letzten Woche die Verfassung befreit, genau wie sein unerschütterlicher Vorgänger Friedrich Ebert. Sein politisch unabhängiges Wesen kann gegen den Reichspräsidenten in dieser Hinsicht auch nur den geringsten Vorwurf enthalten — auch nicht wegen des Hingegenwartigen, für den Dr. Dutzler und sein anderer verantwortlich ist. Die Konkurrenz und das öffentliche Betreten des Reichspräsidenten, sein Amt unparteiisch und loyal zu verwahren, wird von allen Reichspräsidenten in dieser Hinsicht auch nur den geringsten Vorwurf enthalten — auch nicht wegen des Hingegenwartigen. Deshalb habe auch der schwarz-rot-goldene Fraßmann von den Reichspräsidenten in Köln, im Ruhrgebiet, in Frankfurt a. M.,

in Kiel und an sämtlichen anderen Orten begrüßt. Das hätten dem Reichsbanner auch die republikanischen Reaktionen, Beamten, Parteiführer und nicht zuletzt Männer, wie Hermann Müller, Hebe, Zöbe, Solmann, Rog-Beyer, Dr. Haas, Dr. Wirth, Joos und zahllose andere aus allen Parteien gebahrt.

Schließlich habe der Bundesverband mit Beschluß vom 1. September 1928 in der Frage Reichsbanner und Reichspräsident mit lehensunfähiger Kraft Vorarbeiten erlassen, die den Aufmarsch des Reichsbanners bei Besuch des Reichspräsidenten in allen republikanisch registrierten Abenden reiflos und bejodend regeln. Diesem im funktionier-Schandak abgedruckten Beschluß haben auch der Bundesverband und die Gaukonferenz in Breslau ohne Debatte zugestimmt. Infolge dessen sei der Beschluß des Gauverbandes und der Ortsgruppe eine Disziplinwidrigkeit.

„Solche Beschlüsse“, schreibt Hörling, „sind unehren nicht würdig; wir dürfen nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen. Wenn man sagt, weil einer der frühesten republikanischen Parteiretoree wieder einen gleichen Beschluß erlassen habe, könne man nicht anders, denn man dürfe die scharfe republikanische Partei am Orte nicht desanuarieren, so erwidere ich: was am alles in der Welt geht uns das an?“

Hörling schließt: „Der Vorgang in Breslau beweist, welche große feindschaftliche Gegenströmung noch von uns zu hören ist. Eine reine Frage in diesem Zusammenhang ist der Frage und Parteipolitik erstreckte Beschluß unserer Kameraden in Ober-Schlesien, die auf überparteiisch und härtestem Boden stehen und wie ein Mann aufmarschieren und den Reichspräsidenten und seine republikanische Begleitung beim Besuch Ober-Schlesiens begrüßen werden. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch die Breslauer Kameraden dem ober-schlesischen Beispiel folgen und dafür sorgen werden, daß sich aus Breslau im Oewand des republikanischen Deutschlands zeigen wird.“